

~~TOP 2: Radwegeplanung Berlin – Ziele, Strategie und Abstimmung~~

Im November 2021 wurde gemäß dem Berliner Mobilitätsgesetz der Radverkehrsplan des Landes Berlin beschlossen. Damit soll auch die angestrebte Verkehrswende unterstützt werden. Der Landesdenkmalrat begrüßt die Förderung der Mobilität abseits des PKW-Verkehrs, zumal beim Radfahren und Gehen die Erlebbarkeit und Wertschätzung der Stadträume und Denkmale deutlich besser ist als beim Autofahren. Als problematisch sieht er einige der vorgestellten, teils noch im Versuchsstadium befindlichen Ausbaustandards an: zum einen eine allzu starke und uneinheitliche Farbigkeit der Radwege, zum anderen die Anhäufung von Pollern und Schildern im Stadtraum generell, aber speziell im Umfeld von Baudenkmalen.

Wo Radwege in der Umgebung von Baudenkmalen verlaufen oder durch Ensembles, Gesamtanlagen oder Gartendenkmale führen, sind zurückhaltende und eher unauffällige Konzepte zu empfehlen, wie sie beispielsweise in Kopenhagen zu finden sind (Spurtrennung durch Hochborde). Erfahrungen haben zudem gezeigt, dass eine scharfe Trennung der Verkehrsteilnehmer nicht generell zu mehr Rücksicht und Konfliktfreiheit im Verkehr führt. Dies ist bei langfristigen (und auch teuren) Anpassungskonzepten zumindest im innerstädtischen öffentlichen Raum zu berücksichtigen. Fußgänger sollten im innerstädtischen Raum grundsätzlich Vorrang haben. Auch ‚immaterielle‘ Maßnahmen zur Reduktion des Autoverkehrs, wie Parkgebühren, Bußgelder oder Tempolimits, unterstützen den Ansatz von integrierten und behutsamen Lösungen beim Ausbau der Radmobilität.

Um Sonderlösungen für Denkmalbereiche gut integrieren zu können, wird empfohlen, auch unabhängig von denkmalpflegerischen Gesichtspunkten die Gestaltung des öffentlichen Straßenraums in Abstimmung mit dem Gestaltungsbeirat beim SenUVK zu qualifizieren.

Der Landesdenkmalrat begrüßt, dass für die geplanten Radschnellverbindungen, die eine Breite von 3–4 Metern aufweisen werden, ein Planfeststellungsverfahren vorgesehen ist, in dem bei der Umweltverträglichkeitsprüfung die Kulturgüter – und damit auch alle Denkmale – als Schutzgut berücksichtigt werden. Die Einbeziehung der Denkmalpflege in die weitere Planung und Umsetzung, die einen integrierenden Ansatz haben soll, ist sinnvoll und hilfreich – nicht zuletzt, da dieser Disziplin wegen ihrer Erfahrung mit behutsamen Lösungen Vorbildcharakter zukommen kann.

TOP 3: Brücke-Museum – Wettbewerbliches Verfahren zur Erweiterung

Das Brücke-Museum in Berlin-Dahlem beherbergt eine der umfangreichsten Sammlungen an Werken der expressionistischen Künstlergruppe „Die Brücke“. Als eines der kleineren Museen Berlins ist es trotz peripherer Lage ein Besuchermagnet. Der bungalowartige Flachbau wurde 1966/67 durch den Architekten Werner Düttmann sensibel in das umgebende Einfamilienhausgebiet inmitten einer eindrucksvollen Kiefern- und Birkenlandschaft eingefügt und 1986 im gleichen Duktus erweitert. Zu dem benachbarten Staatsatelier Arno Brekers (1938-42, heute Kunsthaus Dahlem) steht es in bewusster formaler Distanz.

Der seit 1990 als Denkmal geschützte Museumsbau weist heute dringlichen Sanierungs- und Modernisierungsbedarf auf. Zudem bestehen seit der Errichtung Raumdefizite, die durch das Anwachsen der Sammlung noch zugenommen haben. Um die bedeutenden Werke nach heutigen Standards zeigen und vermitteln zu können, wird von Museumsseite eine bauliche Erweiterung als erforderlich benannt. Dem Bestand von 1100 qm steht demnach ein Bedarf von mindestens weiteren 1100 qm gegenüber.

Dieser seit 2018 ermittelte zusätzliche Bedarf an Baumasse steht in Konflikt mit dem Schutzbedürfnis des hochsensiblen Ortes. Es muss deshalb ein im Prozess optimierbares Verfahren mit einer entsprechend besetzten Jury für den Planungswettbewerb gewählt werden. Es kommt darauf an, die weiteren Schritte so zu wählen, dass am Ende eine Lösung stehen kann, die sowohl dem Museumsbetrieb wie auch dem Schutzanspruch für das hochrangige Ensemble gerecht wird. Hierfür gibt der Landesdenkmalrat folgende Empfehlungen:

- Das Sanierungsvorhaben sollte zunächst vom Erweiterungsbau getrennt verfolgt werden.
- Die Testentwürfe haben gezeigt, dass das geforderte Programm auf der Basis geltender baurechtlicher Regelungen (B-Plan von 1997) kaum zu bewältigen ist. Ein Anbau in der geforderten Größe innerhalb des vorgegebenen Baufelds würde die Ausblicke aus den Fensterachsen des Museums und die Durchblicke von der Straßenseite aus, die für das Baudenkmal elementar sind, verstellen. Ebenso würden die Gesamtwirkung im naturnahen Außenraum und die Beziehung zum Breker-Atelier empfindlich beeinträchtigt.
- Die Suche nach den für den Ort verträglichsten Erweiterungsmöglichkeiten sollte deshalb nicht vorab durch formale Festsetzungen eingeschränkt werden. Das in dem Bebauungsplan von 1997 vorgesehene Baufenster ist nicht mehr zielführend, der vorliegende B-Plan darf deshalb nicht Bedingung der Ausschreibung sein. Das gesamte Grundstück sollte in die Betrachtung einbezogen werden.
- Sollte nach Vorliegen der Wettbewerbsergebnisse eine projektbezogene Anpassung des B-Plans erforderlich werden, sind Verwaltung und politische Gremien gefordert, eine zügige Lösung zu ermöglichen.
- Damit bei der Ideenfindung für die Entwürfe eine Abwägung zwischen funktionalen Anforderungen und verträglichen Eingriffen erfolgen kann, sollten sowohl die benötigten Flächen als auch die denkmal- und naturschutzfachlich vertretbaren Spielräume klar formuliert werden.
- Der Erweiterungsbedarf sollte grundsätzlich noch einmal unter den aktuellen Gesichtspunkten eines platz- und ressourcenschonenden Bauens überprüft werden. Erweiterungsideen früherer, expansionsfreudiger Zeiten können heute nur bedingt Leitlinie sein.
- So ist etwa zu prüfen, ob neben dem benachbarten Café im Kunsthaus Dahlem wirklich ein weiteres Café nötig ist. Die Kooperation beider Einrichtungen könnte positiv gesehen werden.
- Grundlage der Wettbewerbsausschreibung muss eine klare analytische Aufstellung der Problemlage sein, die sich nur im Dialog mit allen Beteiligten erstellen lässt.
- Anzustreben ist ein zweistufiger RPW-Wettbewerb. In der ersten Stufe sollten mögliche Setzungen auf dem Grundstück untersucht werden. Hierfür ist ein realistisches Raumprogramm nötig, das auch quantitative Spielräume belässt. Mit den Erkenntnissen aus der ersten Phase wäre dann, am besten in einem dialogischen Verfahren, das genaue Raumprogramm und Volumen festzulegen. Auf dieser Basis kann die zweite Phase als hochbaulicher Wettbewerb erfolgen.

Fazit: Der Erweiterungsbedarf ist, für sich betrachtet, nachvollziehbar. Nicht nachvollziehbar wäre es, dafür den Naturbezug zu verbauen, das Breker-Atelier in den Schatten zu stellen und das Haus seines stillen, ja tatsächlich malerisch-expressiv mit der Landschaft verbundenen Wesens zu berauben. Trotz aller Nöte gilt es, sich die Zeit zu nehmen, die nötig ist, um einen solchen auch international beachteten Ort unter Wahrung seiner hohen Qualität fortzuentwickeln. Die vorliegende Gemengelage eines Ensembles erfordert ein äußerst sensibles Vorgehen, Geduld und Kompromissbereitschaft auf allen Seiten.